

Stadtplanung: Für eine sozial gerechte und umweltgerechte Stadt

Für uns als LINKE steht Ökologie vor Ökonomie. Ziel muss es sein, schädliche Auswirkungen nicht nur zu verhindern, sondern auch in der Vergangenheit begangene Fehler zu korrigieren. Hierzu ist es nötig die Belange der Ökologie und des Umweltschutzes gemeinsam mit allen anderen raumbezogenen Politikfeldern zu betrachten.

Bezahlbares Wohnen

**Eine Stadt für alle.
Sozial bauen.
Bezahlbar wohnen.**

DIE LINKE.

Für DIE LINKE. Gladbeck gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung in einem lebenswerten städtischen Umfeld. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: vorausschauende und an den

Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungspolitik. Dazu gehört, dass bei Wohnungsneubau ein Mindestanteil der Wohnungen einer sozialen Bindung unterliegt. Zudem geht der auf die Profitgier von Investoren zurückzuführende Vorrang der gesichtslosen Einfamilien- und Reihenhäuser bei der Ausweisung von Neubaugebieten an den Bedürfnissen der Gladbecker vorbei. Wir fordern deshalb diesen Vorrang aufzugeben. Die Stadt darf nicht an Spekulanten ausverkauft werden.

Ziel einer modernen Stadtentwicklung muss eine lebendige Stadt für alle sein. Das bedeutet, dass Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein müssen. Dies ist nur durch eine integrierte Betrachtung all dieser Aspekte schon zu Beginn des Planungsprozesses möglich. Nur durch eine zukunftsorientierte Stadtplanung sind die schon jetzt gravierenden Schädigungen im sozialen Bereich und an den noch vorhandenen ökologischen Strukturen in unserer Stadt aufzuhalten oder sogar umzukehren.

Derzeit werden immer wieder Wohnviertel mit gewachsenen, sozialen Strukturen dem Verfall preisgegeben und zum Objekt von Spekulantentum und Kapitalinteresse. DIE LINKE gibt der Sanierung von bestehenden Wohnbaustrukturen eindeutig den Vorzug vor Neubaumaßnahmen. Hierbei ist der Erhalt und die Neuschaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Gladbecker zentrales Anliegen. Arbeit, Wohnen und Leben müssen eng gekoppelt werden. Dazu gehören auch Stadtteilzentren, in denen die Bürger ihre täglichen Besorgungen erledigen können. Wir setzen uns dafür ein, die Nahversorgung in allen Stadtteilen Gladbecks zu sichern.

Klima- und Naturschutz



Unsere Stadt ist ein Lebensraum, nicht nur für Menschen. Vielfältiges städtisches Grün, Parks, Gärten, möglichst großräumige Landschaft- und Naturschutzgebiete und natürliche Bäche bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden

der Menschen in dieser Stadt. Wir setzen uns dafür ein, den gartenstädtischen Charakter weiter Teile der Stadt zu erhalten und auszubauen. Wir wollen den Naturschutz stärken. Der Flächenverbrauch unserer schon heute dicht bebauten Stadt muss verringert werden. Kommunale Planungen müssen europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Der Wasser- und Bodenschutz muss bei allen Stadtplanungen Priorität haben und der Erhalt von Frischluftschneisen muss gewährleistet sein, damit unsere Siedlungen nicht zu Hitzeinseln werden. Dies gilt bei allen Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Im Zuge des Klimawandels werden wir bereits heute nicht nur von Hitze sondern auch von Starkregenereignissen bedroht. Hier muss mit einer dezentralen Regenwasserbewirtschaftung gegengesteuert werden, um die Gesundheit und das Hab und Gut der Gladbecker vor Überschwemmungen zu schützen.

Gesundheitsschädliche Emissionen

Speziell der Schutz der Stadt vor Lärm, Feinstaub und Abgasen ist eine große Aufgabe für unsere Stadt, bei der bisher zu wenig getan wurde. DIE LINKE will die Tempo-30-Zonen auf den gesamten Siedlungsbereich Gladbecks ausweiten.

Energieversorgung



Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert werden, um zukunftsfähig zu sein. Das Stromnetz gehört in die öffentliche Hand. Unbedingt zu bevorzugen sind erneuerbare und alternative Energien, bei deren Produktion

strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. DIE LINKE. Gladbeck tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder dagegen schützen können. Dieser Missstand wird unter dem Begriff der Umweltgerechtigkeit zunehmend angegangen, dies muss auch in Gladbeck geschehen. Die Stadt kann mit einer aktiven Herangehensweise eine Vorreiterrolle in der Region einnehmen. Wir setzen uns dafür ein die Menschen vor den schädlichen Umwelteinflüssen zu schützen. Altlastenflächen und gefährliche Brachen in ökologische Flächen zurück verwandelt werden. Grünflächen müssen der Natur und der Erholung vorbehalten bleiben. Anstatt auf neuen Flächen müssen Gewerbeansiedlungen auf ehemaligem Betriebsgelände oder alten Industriebrachen erfolgen. Dies ist auch vor dem Hintergrund des 30-Hektar-Ziels geboten (die Bundesregierung will den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 ha pro Tag und bis 2030 auf weniger als 30 ha pro Tag senken).

Die Stadt Gladbeck hat eine deutschlandweit einmalige Dichte von Alleen im Straßenbild. Diese Besonderheit wollen wir schützen und weiter ausbauen. Hierzu gilt es die Straßenbäume, zum Beispiel mit Wassersäcken, zu schützen.

Regionalität

DIE LINKE. Gladbeck unterstützt die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transportwege vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich. Hierfür setzen wir uns sehr intensiv im Regionalverband Ruhr und im Ruhrparlament ein.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ die Nutzung des erheblichen Ausbaupotentials an Fernwärme, angestrebt wird ein Versorgungsgrad von über 50 %
- ◀ ein kommunales Förderprogramm zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes
- ◀ Energiesparpläne bei städtischen Behörden und anderen öffentlichen Unternehmen
- ◀ eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in der Innenstadt und entlang von A2 und B224
- ◀ Unterstützung der Naturschutzverbände
- ◀ Ausbau und Erhalt von Naherholungsbereichen
- ◀ mehr Transparenz in der städtischen Wohnungsgesellschaft GWG
- ◀ mindestens 30% sozialer Wohnungsbau bei allen Neubauvorhaben
- ◀ Vorrang des Mietwohnungsbaus
- ◀ Beseitigung von städtebaulichen „Schandflecken“
- ◀ mehr Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet
- ◀ Stadtteilzentren zur ortsnahen Versorgung der Bürger
- ◀ eine konsequente Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung.
- ◀ Berücksichtigung des Klimaschutzes bei öffentlichen Ausschreibungen
- ◀ stärkere Berücksichtigung guter und sicherer Arbeitsbedingungen bei öffentlichen Ausschreibungen